

Nr. 18/865**Fragestunde**

1. Aufhebung des Friedhofzwangs
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. November 2013
2. Übergriffe auf Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 13. November 2013
3. Schulische Kompetenzunterschiede zwischen Mädchen und Jungen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 18. November 2013
4. Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs für Schülerinnen/Schüler mit und ohne Migrationshintergrund
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. November 2013
5. Seniorenmodul für ältere behinderte Menschen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. November 2013
6. Konzept zur Landesarbeitsmarktpolitik
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. November 2013
7. Kriminalpolizeiliche Bearbeitung von Wohnungseinbruchskriminalität
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 21. November 2013
8. Überfällige Novellierung des Privatschulgesetzes
Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. November 2013
9. Entscheidung über IT-Einsatz an Bremer Schulen
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. November 2013
10. Gesetzliche Verankerung der Zivilklausel
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. November 2013
11. Handel mit Patientendaten?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. November 2013

12. Zeugniskontrolle von Schülerinnen und Schülern aus Hartz-IV-Familien
Anfrage der Abgeordneten Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 26. November 2013
 13. Informationspolitik des Wirtschaftsressorts zum JadeWeserPort
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Paul Bödeker, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. November 2013
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/866

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 10. Dezember 2013

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Schutz vor Stalking verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. September 2013
(Drucksache [18/1066](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat für eine Änderung des § 238 StGB dergestalt einzusetzen, dass eine Strafbarkeit bereits bei einer Tat vorliegt, die geeignet ist, eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Lebensgestaltung herbeizuführen.
2. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2012
Bericht des Rechnungshofs
vom 9. Juli 2013
(Drucksache [18/1000](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.
3. Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2012 (Drs. 18/1000 vom 9. Juli 2013) vom 11. November 2013
(Drucksache [18/1121](#))

Gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2012 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.
4. Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes
Mitteilung des Senats vom 12. November 2013
(Drucksache [18/1126](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Justizkostengesetzes
Mitteilung des Senats vom 19. November 2013
(Drucksache [18/1154](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

6. 4. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der bremischen Verwaltung

Mitteilung des Senats vom 19. November 2013
(Drucksache [18/1155](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 4. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der bremischen Verwaltung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

7. Aufteilung der Mandate zwischen den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven für die Wahl zur 19. Bürgerschaft im Mai 2015

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 25. November 2013
(Drucksache [18/1174](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, die Aufteilung der Mandate zwischen den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven im Verhältnis 68 zu 15 für die Wahl zur 19. Bürgerschaft im Mai 2015 beizubehalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den mit der Mitteilung des Präsidenten übermittelten Bericht zur Kenntnis.

8. Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen – Rechte des Untersuchungsausschusses stärken

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 5. Dezember 2013
(Drucksache [18/1196](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Nr. 18/867

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen und zur Änderung des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 3. September 2013
(Drucksache [18/1047](#))
2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache [18/1180](#).

Nr. 18/868

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen und zur Änderung des Bremischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres und Sport vom 29. November 2013
(Drucksache [18/1180](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport Kenntnis.

Nr. 18/869

Bremer „Verfassungsschutz“ als Inlandsgeheimdienst auflösen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 5. Dezember 2013
(Drucksache [18/1195](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/870

Ganztagsschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. November 2013
(Drucksache [18/1179](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung (federführend) und den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/871

Für zukunftsfähige öffentlich-rechtliche Medien

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Juni 2013
(Drucksache [18/979](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 26. September 2013

(Neufassung der Drucksache [18/1076](#) vom 25. September 2013)
(Drucksache [18/1077](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei Verhandlungen mit den anderen Ländern und der Europäischen Union auf folgende Ziele hinzuwirken:

1. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen im Internet Nachrichten, Informationen, Kultur und Unterhaltung anbieten können. Der Schwerpunkt soll auf Bewegtbildern bzw. Tonmitschnitten liegen. Texte sollen die Angebote im Netz angemessen beschreiben, einordnen und ergänzen können. Dieses Angebot ist auch für einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderung unverzichtbar.
2. Öffentlich-rechtliche Programme müssen insbesondere für Kinder und Jugendliche sowohl inhaltlich als auch technisch ansprechend gestaltet, zeitgemäß präsentiert und zeitunabhängig abrufbar sein. Sie müssen unabhängig von Plattformen, Formaten und Genres die Entwicklung von Medien- und Sprachkompetenz fördern und begleiten.
3. Das öffentlich-rechtliche Angebot muss auch auf mobilen Geräten komfortabel abrufbar sein. Deshalb muss es den Sendern weiterhin möglich sein, Anwendungen („Apps“) für diese Geräte anzubieten. Diese Angebote sind von den Nutzerinnen und Nutzern bereits durch die Rundfunkbeiträge finanziert und dürfen deshalb keine weiteren Kosten für sie verursachen.
4. Produktionen der öffentlich-rechtlichen Sender sind aus Beiträgen finanziertes Allgemeingut. Sie müssen frei abrufbar sein. Bei Einkäufen von Fremdproduktionen soll nach Möglichkeit auf entsprechende vertragliche Bestimmungen hingewirkt werden.

Nr. 18/872

Bedingungen für Wagniskapitalfinanzierungen im Land Bremen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1022](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/873

Sexueller Missbrauch von Kindern und Kinder- und Jugendpornografie im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1023](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013

(Drucksache [18/1089](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/874

Entwicklung der Mhallamiye im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache [18/1027](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. September 2013

(Drucksache [18/1056](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/875

Arbeitsverbote für Flüchtlinge abschaffen, Arbeitsmarktzugang sicherstellen – ESF-Bundesprojekt fortführen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. August 2013
(Drucksache [18/1029](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 10. Dezember 2013

(Drucksache [18/1212](#))

Der Änderungsantrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich für eine Abschaffung der noch bestehenden ausländerrechtlichen Arbeitsverbote und -beschränkungen für Flüchtlinge auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, insbesondere durch
 - a) die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und damit für den Zugang aller Flüchtlinge und Bleibeberechtigten zu Arbeitsförderung nach dem SGB II,
 - b) die Aufhebung des neun- bzw. zwölfmonatigen Arbeitsverbots für Flüchtlinge,
 - c) die Abschaffung der sogenannten Vorrangprüfung und
2. eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu starten, die Fortführung des ESF-Bundesprojekts zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge – mit all seinen Hilfsangeboten und Strukturen – auch über das Jahr 2013 hinaus sicherzustellen.

Nr. 18/876

Novellierung des Bremer Gesetzes über die Haltung von Hunden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1034](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/877

Besoldung von Richtern und Staatsanwälten im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1035](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013

(Drucksache [18/1090](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/878

Überwachungssoftware unter das Kriegswaffenkontrollrecht stellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. August 2013
(Drucksache [18/1044](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Export, Verkauf und die Verbreitung von Software, die der Überwachung und Ausspähung personenbezogener Daten dient, unter das Kriegswaffenkontrollrecht gestellt wird. Ebenso soll keine Unterstützung, z. B. in Form von Schulungen, in jenen Ländern erfolgen, denen der Erwerb solcher Software untersagt wurde.
2. Unternehmen, die solche Software herstellen, sollen in einem öffentlich einseharen Verzeichnis aufgeführt werden. Eventuelle Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollrecht werden dort vermerkt. Firmen, die solche Verstöße begangen haben, werden bei öffentlicher Beschaffung nicht mehr berücksichtigt. Dies kann nur durch einen Bürgerschaftsbeschluss wieder aufgehoben werden.
3. sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, das Kriegswaffenkontrollrecht derart zu novellieren, dass der Export von Überwachungssoftware kontrolliert werden kann und Software, die der Überwachung dient, genauso zu behandeln ist wie Güter, die unter das Kriegswaffenkontrollrecht fallen.

Nr. 18/879

Erfassung von SÄM-Delikten in der Polizeilichen Kriminalstatistik

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2013
(Drucksache [18/938](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/880

Erfassung von SÄM-Delikten in der Polizeilichen Kriminalstatistik

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport
vom 25. November 2013
(Drucksache [18/1162](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport Kenntnis.

Nr. 18/881

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes

Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. November 2013
(Drucksache [18/1178](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung.

Nr. 18/882

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 23 vom 4. Dezember 2013

(Drucksache [18/1194](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/883

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des staatlichen Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Dr. Ulf Eversberg

anstelle des Abgeordneten Mustafa Öztürk zum Mitglied und den Abgeordneten

Mustafa Öztürk

anstelle des Abgeordneten Dr. Ulf Eversberg zum stellvertretenden Mitglied des staatlichen Petitionsausschusses.

Nr. 18/884

Faktische Barrieren für die Ausübung des Wahlrechts senken

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Dezember 2013
(Drucksache [18/1208](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- a) zu prüfen, ob eine Neugestaltung der Stimmzettel zur Bürgerschaftswahl mit Wort-, Bild- oder Wortbildmarken die Stimmabgabe erleichtert,
- b) die Wahlbenachrichtigung und die Wahlunterlagen in Leichte Sprache übersetzen zu lassen und zu prüfen, ob diese in Zukunft statt der bisher eingesetzten verwendet werden sollen,
- c) das Ergebnis der Prüfung, die Unterlagen in Leichter Sprache und Musterbeispiele für die vorgenannte Neugestaltung des Stimmzettels bis zum 30. April 2014 der Deputation für Inneres vorzulegen.

Nr. 18/885

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung vermeiden
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2013
(Drucksache [18/1042](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Dezember 2013
(Neufassung der Drucksache [18/1123](#) vom 12. November 2013)
(Drucksache [18/1213](#))

2. Einflussmöglichkeiten auf Intensivtierhaltung nutzen und vorantreiben
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1048](#))
3. Kriterien „guter Arbeit“ in die Wirtschaftsförderung integrieren
Mitteilung des Senats vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1051](#))
4. Bildungssituation von Flüchtlingen in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1054](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1104](#))

5. Verpflegungsstandards für Flüchtlinge verbessern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2013
(Neufassung der Drucksache [18/946](#) vom 11. Juni 2013)
(Drucksache [18/956](#))
6. Verpflegungsstandards für Flüchtlinge verbessern
Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 19. September 2013
(Drucksache [18/1062](#))
7. Möglichkeiten in der Nutzung von WLAN an Schulen in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/1059](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2013
(Drucksache [18/1098](#))

8. Weg mit dem Generalverdacht: Generellen Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende aufheben
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. September 2013
(Drucksache [18/1060](#))
9. Weg mit dem Generalverdacht: Generellen Ausschluss homo- und bisexueller Männer von der Blutspende aufheben sowie Beendigung sonstiger gruppenbezogener Diskriminierung in Bezug auf die Blutspenderegulungen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Dezember 2013
(Drucksache [18/1199](#))
10. Auf Homophobie entschlossen reagieren
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. September 2013
(Drucksache [18/1063](#))

11. Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. September 2013
(Drucksache [18/1078](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/1187](#))
12. Verantwortung für Offshore-Windenergie-Investitionen gemeinsam tragen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Oktober 2013
(Drucksache [18/1103](#))
13. Keine Bremer Unterstützung für die Abschottung der europäischen Außengrenzen – FRONTEX-bezogene Wirtschaftsförderung stoppen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1110](#))
14. Umgang der Polizei Bremen mit Gewalt gegen und durch Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. September 2013
(Drucksache [18/398 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. November 2013
(Drucksache [18/410 S](#))
15. Marode Kajen in den bremischen Häfen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Oktober 2013
(Drucksache [18/1111](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/1188](#))
16. Europafähigkeit der öffentlichen Verwaltung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. November 2013
(Drucksache [18/1112](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/1189](#))
17. „Budget für Arbeit“ in Bremen einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012
(Drucksache [18/569](#))
18. „Budget für Arbeit“ in Bremen einführen
Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
vom 8. November 2013
(Drucksache [18/1120](#))
19. Bunkerabrisse genehmigungspflichtig machen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. November 2013
(Drucksache [18/1122](#))

20. Altschuldenentilgungsfonds zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/1181](#))

